



**Bundeskanzler
Helmut Schmidt
Stiftung**

Präsidentenamt der Bundesregierung

DIALOG. IMPULSE. HALTUNG.

ARBEITSKOPIE

Z 1988 B



WEITERGABE AN DRITTE IST UNTERSAGT

Nr. 112/S. 1013 Bonn, den 8. November 1977

Bulletin

Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit

Vortrag des Bundeskanzlers in London

Bundeskanzler Helmut Schmidt hielt vor dem International Institute for Strategic Studies in London am 28. Oktober 1977 (1977 Alastair Buchan Memorial Lecture) folgenden Vortrag:

Sehr verehrte Mrs. Buchan,
Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Den Gedenkvortrag 1977 zu Ehren von Alastair Buchan heute halten zu dürfen, ist mir Ehre und Anspruch zugleich.

I. Alastair Buchan zum Gedenken

Ehre, weil ich auf diese Weise Alastair Buchan Tribut zollen und gleichzeitig meiner Wertschätzung und Bewunderung für die Arbeit Ausdruck verleihen kann, die das International Institute for Strategic Studies leistet. Alastair hat zu den Themen Krieg und Frieden großartige Gedanken beigetragen. Er war ein hervorragender Journalist. Er war übrigens auch ein guter Pädagoge. Als ich das erste Mal an einer vom IISS veranstalteten internationalen Tagung teilnahm, gab es mehrere Arbeitsgruppen, u. a. eine über nukleare strategische Methoden und eine andere über Fragen der konventionellen Kriegführung. Und ich hatte eigentlich in letztere gehen wollen, aber Alastair sagte zu mir, ich müsse schon an der ersteren teilnehmen, denn das müsse ich noch lernen. Und das tat ich denn auch. Alastair war ein vorzüglicher Direktor des Instituts, als ich vor achtzehn Jahren Mitglied wurde, und wir wurden Freunde, denn ich teilte seine tiefe Sorge um die Erhaltung des Weltfriedens und der globalen Sicherheit als wesentliche Voraussetzung für die Freiheit und das Glück des Menschen.

Einem Anspruch muß ich genügen, weil ich mir vorgenommen habe, im knappen Rahmen dieses Gedenkvortrages den Versuch einer Analyse einiger wichtiger Aspekte der westlichen Sicherheit zu unternehmen. Ich weiß, daß viele meiner heutigen Zuhörer den Dimensionen der westlichen Sicherheit, über die ich heute sprechen möchte — strategische und politi-

sche Aspekte einerseits, wirtschaftliche und soziale Aspekte andererseits —, mehr Zeit und Überlegung gewidmet haben als ich.

Bei der Vorbereitung dieses Vortrags habe ich wieder einmal Alastair Buchans Buch „Power and Equilibrium in the 1970s“ zur Hand genommen. In diesem wichtigen und wohlgedachten Buch hat Alastair noch vor fünf Jahren die Struktur der Weltpolitik analysiert. Er befaßte sich hauptsächlich mit dem Kräftegleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Westeuropa, Japan, der Sowjetunion und China. Weniger Aufmerksamkeit widmete er, der brillante Denker, damals dagegen den wirtschaftlichen, sozialen und innenpolitischen Aspekten der westlichen Sicherheit, die ich heute als neue Dimensionen der Sicherheit hinzufügen möchte. Sie treten keineswegs an die Stelle der früheren Modelle des Kräftegleichgewichts oder -ungleichgewichts auf weltweiter Ebene. Dennoch meine ich, daß man sie hinzunehmen muß und daß sich dadurch jene Konzeptionen verändern. Ich weiß freilich, daß Walter Bagehot einmal gesagt hat: „Zu den größten Schmerzen der menschlichen Natur gehört der Schmerz, den eine neue Idee verursacht.“ Trotzdem glaube ich, daß wir der von Alastair Buchan gegründeten und geförderten Tradition am besten dienen, wenn wir heute diese neuen Dimensionen der Sicherheit zu begreifen suchen, anstatt eines Tages entdecken zu müssen, daß unsere Entscheidungen falsch waren, weil wir diese Dimensionen übersehen hatten.

II. Neue Dimensionen der Sicherheit

Was also sind sie denn, diese neuen Dimensionen?

Da ist einmal die wirtschaftliche Entwicklung. Darunter verstehe ich die Notwendigkeit, das Fundament unseres Wohlstands zu sichern, den Zugang zu Energie

Inhalt

Bundeskanzler Helmut Schmidt

Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit

1013

Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung
in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1977. 1021



und Rohstoffen nach den Bedingungen eines freien Handels zu geben, das es uns erlaubt, diese Zielsetzungen auch zu erreichen. Vor gar nicht langer Zeit war das ein sehr realistischer Wunsch. Es hat ein paar wenige Probleme. Doch Ölkrise, Aushöhlung der Vereinbarung von Bretton Woods, weltweite Inflation, Arbeitslosigkeit und unzureichendes Wirtschaftswachstum haben das Bild verändert und weithin Unsicherheit hervorgerufen.

Da ist zum anderen die soziale Sicherheit. Darunter verstehe ich die Notwendigkeit, den sozialen Frieden im eigenen Lande zu erreichen und zu erhalten, Waren und Arbeitsplätze für das Volk zu schaffen und ihm gleichzeitig zu sagen, daß dem, was der Staat tun kann, auch Grenzen gesetzt sind. In diesem Zusammenhang möchte ich meinen Freunden Jim Callaghan und Denis Healey zu ihrem Erfolg bei der Bekämpfung der Inflation und der Wiederherstellung des Vertrauens in das Pfund Sterling gratulieren. Mir will scheinen, daß die Schlacht noch nicht ganz geschlagen ist, aber Sie, das britische Volk, haben seit dem vergangenen Jahr ein großes Stück Weges zurückgelegt, und ich glaube fest, daß es gut aussieht.

Da ist zum dritten die innenpolitische Sicherheit. Darunter verstehe ich die Notwendigkeit, unsere Gesellschaft zu stärken und zu verteidigen gegen Terroristen, die nichts anderes im Sinne haben, als durch brutalen Mord und Entführung unsere Gesellschaftsordnung zu zerstören. Auch in diesem Lande hatten Sie ein gerüttelt Maß von Terrorismus zu bekämpfen und sind mit ihm fertig geworden. Heute stehen wir einer anderen, nicht weniger scheußlichen Form des Terrorismus gegenüber, und mit uns die Niederlande und andere Völker. Wir sind entschlossen, ihm ein Ende zu setzen, ohne die freiheitlichen Qualitäten unserer Gesellschaft zu opfern. In diesem Zusammenhang möchte ich die Arbeit des IISS bei der Analyse des Terrorismus erwähnen und begrüßen, und ich rufe zu engerer internationaler Zusammenarbeit auf, damit dem Terrorismus Einhalt geboten wird.

J. B. Priestley hat sich in seinem Buch „The English“ einmal selber zitiert – vermutlich, weil er diesen Gedanken für so sehr wichtig hält, und da stimme ich mit ihm überein – und gesagt, Ausländer sähen oft nur die Mauern der Gärten Englands von außen und würdigten gar nicht die Schönheit innerhalb dieser Mauern. Ich möchte beiläufig bemerken, daß mir hier einer der Hauptgründe dafür zu liegen scheint, warum Ausländer England und die Engländer so oft falsch beurteilen. Im Rahmen dieses Vortrags möchte ich dieses Wort dahingehend abwandeln, daß wir in der Vergangenheit zumeist zwar an unseren Wehren gearbeitet und sie instand gehalten haben, dabei aber möglicherweise die wirtschaftliche Struktur unserer Gärten, die Bedeutung ihrer Schönheit und die Bedrohung der Wurzeln dieser Schönheit vernachlässigt haben. Nun will ich keineswegs andeuten, daß wir in unserer Wachsamkeit nachlassen könnten, auch wenn der Großteil meines heutigen Gedenkvortrags der Innenseite einer Sache gilt, die man westliche Sicherheit nennt. Mein Vortrag wird vor allem von den wirtschaft-

lichen Dimensionen handeln, doch möchte ich eine Analyse einiger aktueller strategischer und politischer Aspekte vorausschicken.

III. SALT, MBFR, Neutronenwaffe: Strategische und politische Notwendigkeiten

Sie gehen wohl alle mit mir darin einig, daß das politisch-militärische Gleichgewicht Voraussetzung unserer Sicherheit ist, und ich warne vor der Illusion, daß es irgend etwas geben könnte, das uns erlauben würde, die Aufrechterhaltung dieses Gleichgewichts zu vernachlässigen. Es ist nicht nur Voraussetzung unserer Sicherheit, sondern auch Voraussetzung für einen fruchtbaren Fortgang der Entspannung.

Erstens sollten wir sehen, daß die Gefahren eines riskanten Wettrüstens beider Seiten und – so absurd es erscheinen mag – die Möglichkeiten einer kontrollierten Rüstungsbegrenzung näher als je zuvor beieinander liegen. Es ist nur ein schmaler Grat, der Friedenshoffnung und Kriegsgefahr trennt.

Zweitens stellen uns die veränderten strategischen Bedingungen vor neue Probleme. SALT schreibt das nuklearstrategische Gleichgewicht zwischen der Sowjetunion und den USA vertraglich fest. Man kann es auch anders ausdrücken: Durch SALT neutralisieren sich die strategischen Nuklearpotentiale der USA und der Sowjetunion. Damit wächst in Europa die Bedeutung der Disparitäten auf nukleartaktischem und konventionellem Gebiet zwischen Ost und West.

Drittens müssen wir die Wiener Verhandlungen über gegenseitige ausgewogene Truppenreduzierungen (MBFR) voranbringen, um so einen wichtigen Schritt in Richtung auf ein ausgewogeneres Kräfteverhältnis in Europa zu tun.

Niemand kann bestreiten, daß das Prinzip der Parität vernünftig ist. Es muß jedoch Zielvorstellung aller Rüstungsbegrenzungs- und Rüstungskontrollverhandlungen sein und für alle Waffenarten gelten. Einseitige Einbußen an Sicherheit sind für keine Seite annehmbar.

Wir alle haben ein vitales Interesse daran, daß die Gespräche der beiden Großmächte über die Begrenzung und den Abbau nuklearstrategischer Waffen weitergehen und zu einem verlässlichen Abkommen führen. Die Nuklearmächte tragen hier eine besondere, eine überragende Verantwortung.

Auf der anderen Seite jedoch müssen gerade wir Europäer ein besonderes Interesse daran haben, daß auf diesem Gebiet nicht isoliert von den Faktoren verhandelt wird, die die Abschreckungsstrategie der NATO zur Kriegsverhinderung ausmachen.

Wir alle stehen vor dem Dilemma, dem moralischen und politischen Anspruch auf Rüstungsbegrenzung genügen und gleichzeitig die Abschreckung zur Verhinderung eines Krieges voll aufrechterhalten zu müssen.

Wir verkennen nicht, daß sowohl den USA als auch der Sowjetunion zu gleichen Teilen daran gelegen sein muß, die gegenseitige strategische Bedrohung aufzuheben. Aber: Eine auf die Weltmächte USA und Sowjetunion begrenzte strategische Rüstungsbeschränkung muß das Sicherheitsbedürfnis der westeu-



europäischen Bündnispartner gegenüber der in Europa
militärisch überlegenen Sowjetunion beeinträchtigen,

DIALOG, IMPULSE, HALTUNG.

ARBEITSKOPIE

WEITERGABE AN DRITTE IST UNTERSAGT

wenn es um die in Europa bestehenden Disparitäten parallel zu den SALT-Verhandlungen geht. Wenn man sich überlegen ist, müssen wir an der Ausgewogenheit aller Komponenten der Abschreckungsstrategie festhalten. Das bedeutet: Die Allianz muß bereit sein, für die gültige Strategie ausreichende und richtige Mittel bereitzustellen und allen Entwicklungen vorzubeugen, die unserer unverändert richtigen Strategie die Grundlage entziehen könnten.

Ich habe bei der Tagung der Staats- und Regierungschefs in London im Mai dieses Jahres gesagt:

„Je mehr wir die strategische nukleare Parität stabilisieren, was meine Regierung von Anfang an befürwortet hat, desto mehr wird es erforderlich, ebenso ein konventionelles Gleichgewicht herbeizuführen.“

Lassen Sie mich heute, wiederum in London, ergänzen: Wir Europäer haben zu Beginn der SALT-Gespräche die enge Verbindung zwischen der Parität auf dem strategisch-nuklearen Gebiet einerseits und dem taktisch-nuklearen und konventionellen Sektor andererseits nicht klar genug gesehen oder nicht klar genug artikuliert. Es gilt jetzt, die Verzahnung von SALT und MBFR klar zu erkennen und daraus die notwendigen praktischen Schlüsse zu ziehen.

Auf der gleichen Tagung hier in London habe ich gesagt, daß es theoretisch zwei Möglichkeiten gebe, um konventionell ein Gleichgewicht mit den Mächten des Warschauer Paktes herzustellen.

Man könnte auf der Seite des westlichen Bündnisses massiv aufrüsten und die Zahl der Soldaten und der Waffensysteme hochtreiben. Man könnte aber auch sowohl auf der Seite der NATO wie des Warschauer Paktes die Streitkräfte reduzieren, um so zu einer niedrigeren Gesamtstärke auf beiden Seiten zu kommen. Meine Präferenz hat die Reduktion.

Die MBFR-Verhandlungen in Wien haben bis heute keine formulierten Ergebnisse gebracht. Der Warschauer Pakt hat seit Beginn der Verhandlungen die Disparitäten militärischer Kräfte sowohl auf konventionellem als auch taktisch-nuklearem Gebiet eher noch vergrößert. Bis heute hat die Sowjetunion keine deutlich erkennbare Bereitschaft gezeigt, für Europa das Prinzip der Parität genauso anzuerkennen wie für SALT und auf diese Art das Gewaltverzichtsprinzip auch im militärischen Kräfteverhältnis sichtbar zu machen. Solange aber keine Fortschritte bei MBFR zu verzeichnen sind, müssen wir am Prinzip der Abschreckung festhalten.

Nur in diesen und in keinen anderen Zusammenhang gehört auch das, was unter dem Begriff Neutronenwaffe in die öffentliche Diskussion aller Mitgliedstaaten der westlichen Allianz eingeflossen ist.

Die Neutronenwaffe ist daraufhin zu prüfen, ob sie als ein zusätzliches Mittel der Abschreckungsstrategie, als Mittel zur Verhinderung eines Krieges, für das Bündnis von Wert ist. Wir sollten uns aber nicht auf diese Prüfung beschränken, sondern auch untersuchen, welche Bedeutung und welches Gewicht dieser Waffe in unseren Bemühungen um Rüstungskontrolle zukommt.

Es ist gesagt worden, ein Besucher vom Mars könnte die Kulturnationen auf einen Blick erkennen, weil sie die besten Kriegsgeräte hätten. Diese etwas zynische Bemerkung unterstreicht die Notwendigkeit der Rüstungskontrolle, womit ich wieder beim Thema Rüstungskontrollverhandlungen wäre. Diese Verhandlungen finden erstmals in der Geschichte im Zeichen einer Waffe statt, die alles Leben vernichten kann. Anders als früher kann ein Fehlschlag solcher Verhandlungen nicht mehr in der Hoffnung hingenommen werden, daß im Falle eines militärischen Konflikts auf Sieg gesetzt wird. Deshalb ist es so wichtig, daß alle den Ernst der Verhandlungen in Wien begreifen, und deshalb müssen wir in Wien zu Ergebnissen kommen. Ich habe dazu die folgenden sieben Überlegungen:

1. Beide Seiten, alle Teilnehmer der MBFR-Verhandlungen, bringen ihren Willen zum Ausdruck, die Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis zu führen und sich dabei gleichwertig an Reduzierungen zu beteiligen.
2. Vorrang hat das Ziel, das ohne Verzug erreicht werden sollte, nämlich ein weiteres Anwachsen der militärischen Konfrontation zu verhindern und dadurch Ängste auszuräumen.
3. Die Gefahr eines Überraschungsangriffs muß ausgeschaltet werden.
4. Die bei der KSZE freiwillig vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen müssen verbindlich übernommen werden.
5. Hauptziel von MBFR bleibt, durch Reduzierungen ein gleichgewichtiges Kräfteniveau auf niedrigerer Ebene herbeizuführen.
6. Truppenreduzierungen müssen am Prinzip der Parität orientiert und verifizierbar sein. Parität und Kollektivität sind als die bestimmenden Grundprinzipien anzuerkennen.
7. Die Fähigkeit der beiden Bündnisssysteme, ihre Verteidigung zu organisieren, darf nicht beeinträchtigt werden.

Wir sollten überlegen, ob es notwendig ist, die vertrauensbildenden Maßnahmen über den bisher vereinbarten Raum hinaus auszudehnen. Denn auch dann, wenn wir im Reduzierungsraum von MBFR schließlich zur konventionellen Parität gelangen sollten, haben wir noch keineswegs eine Parität der konventionellen Kräfte in ganz Europa. Dies um so weniger, als die Sowjetunion ihre strategischen Transportkapazitäten erheblich vergrößert hat und daher ihre Streitkräfte außerhalb des Reduzierungsraumes massieren könnte, während amerikanische Streitkräfte durch den Atlantik von Europa getrennt sein würden.

Nachdem vor 10 Jahren die westliche Allianz ihre Doppelstrategie für Abschreckung und Entspannung formuliert hatte, sind beachtliche Entspannungsergebnisse erzielt worden.

So hat z. B. die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland, gestützt auf das Bündnis, diese Entwicklung ge-



fördert und mitgestaltet. Das Viermächte-Abkommen über Berlin war ein weiterer Schritt zur Stabilität und Sicherheit in Europa.

DIALOG. IMPULSE. HALTUNG.

ARBEITSKOPIE

Der Krisenherd Berlin hat den Preis verloren. Die Sicherheit in Europa ist durch bilaterale Vereinbarungen über Gewaltverzicht gefestigt worden.

Das amerikanische Engagement in Europa ist nicht mehr allein eine aus dem Zweiten Weltkrieg entstandene Verpflichtung: Dieses Engagement erklärt sich heute aus einem gegenseitigen und gleichwertigen Sicherheitsinteresse Westeuropas und Amerikas. Die Sowjetunion und deren Verbündete haben dies durch Unterschrift unter die KSZE-Schlußakte in Helsinki ausdrücklich anerkannt. Die deutsche Frage bleibt für uns offen, es gilt für uns das Gebot der Wiedervereinigung. Aber die deutsche Frage kann nicht und darf nicht den Frieden von der ersten Priorität verdrängen. Dies ist ein Beitrag der Bundesrepublik Deutschland zur europäischen Stabilität.

IV. Weltwirtschaft und Sicherheit

Eine florierende Wirtschaft — und die schließt für mich Vollbeschäftigung ebenso ein wie sozialen Ausgleich — ist jedoch das Fundament aller Sicherheit. Und dies in einem doppelten Sinn: Sie erst ermöglicht, daß wir das militärische Gleichgewicht halten und sie ist die Voraussetzung für die Stabilität unserer freiheitlichen demokratischen Institutionen.

Durch die schwere Rezession im Gefolge von Weltinflation, Zusammenbruch des Weltwährungssystems und Ölkrise wurden die westlichen Volkswirtschaften schwer und nachhaltig erschüttert.

Es ist deshalb heute unsere vordringlichste Aufgabe, die wirtschaftlichen Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens wieder zu stabilisieren und nicht zuletzt damit auch das Fundament unserer gemeinsamen Sicherheitspolitik. Ich unterstreiche nachdrücklich, was Henry Kissinger im Juni des vergangenen Jahres in seiner Lecture vor diesem Institut gesagt hat:

„Eine Welt, die nach wirtschaftlichem Fortschritt, sozialer Gerechtigkeit, politischer Freiheit und stabilem Frieden schreit, braucht unser aller Engagement und Mitwirkung.“

Wie nach dem Zweiten Weltkrieg stehen auch heute die wirtschaftlichen und militärischen Aspekte unserer Sicherheitspolitik erneut gleichrangig nebeneinander.

Was George Marshall 1947 forderte: Eine funktionsfähige Wirtschaft zu schaffen, „um so die politischen und sozialen Bedingungen zu ermöglichen, unter denen freie Institutionen bestehen können“ — diese Aufgabe stellt sich heute unter neuen Bedingungen.

Seit Ende des Zweiten Weltkrieges erleben die westlichen Demokratien, begünstigt durch das ständige wirtschaftliche Wachstum, die vollen Auswirkungen der demokratischen Gleichheit: Sie wandelten sich zu offenen, sozial gerechteren Gesellschaften.

Für die Bürger ist der Staat heute der Garant für soziale Sicherheit und sozialen Ausgleich.

Niemals war der Anteil der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Wohlstand größer.

Für uns stellt sich die Frage, ob dieser Umverteilungsprozeß zu einer unangemessenen Einschränkung der Gewinne geführt hat und damit für die mangelhafte Investitionstätigkeit in den letzten Jahren verantwortlich ist.

Eine Ursache für unser wirtschaftspolitisches Problem — die mangelnde Investitionstätigkeit — scheint mir in den höheren Investitionsrisiken für die Unternehmen zu liegen:

- als Folge des beschleunigten Strukturwandels der Weltwirtschaft;
- als Folge der Ölpreis- und Energiekostenentwicklung;
- als Folge partieller Sättigungserscheinungen in wichtigen Märkten der Industrieländer.

Der Ausbau des sozialen Sicherheitsnetzes führte dazu, daß die Sozialausgaben des Staates Jahr für Jahr schneller stiegen als das Sozialprodukt. Inzwischen sind wir wohl in vielen Ländern an eine Belastungsgrenze gestoßen, jedenfalls für den Augenblick.

Hinzu kommt, daß auch die Entwicklungsländer mit erhöhten Ansprüchen gegenüber den westlichen Industriestaaten auftreten: Sie fordern souveränes Verfügungsrecht über ihre Rohstoffe und zugleich höhere Rohstoffpreise; sie fordern mehr Entwicklungshilfe; sie fordern einen möglichst hohen Anteil an den Vorteilen westlicher Investitionen in der Dritten Welt; sie fordern Öffnung unserer Märkte für ihre Industrieprodukte. In ihrer Konsequenz sind diese Forderungen Ansprüche an das Sozialprodukt der westlichen Industriestaaten.

Jahrelang gab es in den westlichen Ländern einen Inflationsdruck, ausgelöst durch die Überanspruchung ihres Sozialprodukts.

Die Währungskrise vom Sommer 1971 zog erstmals den Schleier weg vor den bereits konkreten Herausforderungen. In den Folgejahren wurde die Inflation weiter beschleunigt durch eine beispiellose Rohstoffhausse und schließlich durch die Ölpreispolitik des OPEC-Kartells. Das alles hatte eine strukturelle Verschiebung in den Zahlungsbilanzen, im Welthandel und damit in der Beschäftigung zur Folge. Und die Inflationsgefahren sind auch heute noch nicht gebannt.

Weltweit ist die Zeit der billigen Energie und der billigen Rohstoffe vorüber: Die Preise werden aller Voraussicht nach weiter real steigen, und das heißt relativ zu den Preisen der Güter, die Industrieländer herstellen und exportieren.

Die Lösung der Probleme, vor denen unsere Staaten stehen, kann nicht darin liegen, soziale Errungen-



schaften abzubauen, den sozialen Fortschritt zurück-
zudrehen. DIALOG. IMPULSE. HALTUNG.

Die **ARBEITSKOPIE** heitlichen Demokratie hängt ab
von dem Ausmaß, indem es uns gelingt, gerechtere
soziale Verhältnisse zu schaffen. Wenn die Stabilität
der Bundesrepublik Deutschland heute groß ist, so
deshalb, weil sie den sozialen Ausgleich im großen
Maße verwirklicht hat.

Ich möchte auf drei Aufgaben zu sprechen
kommen, die der Westen wirtschaftspolitisch lösen
muß, auch im Interesse seiner gemeinsamen Sicher-
heit.

Die erste Aufgabe ist die Sicherung eines
freien, flexiblen und auf diese Weise funktionstüch-
tigen Weltwirtschaftssystems.

Die internationale Wirtschaftsordnung, die wir nach
1945 geschaffen haben, hat den Demokratien des
Westens – und auch einigen Entwicklungsländern –
eine wirtschaftliche Expansion ermöglicht, die in
ihrem Tempo und in ihrer Stetigkeit ohne Beispiel
in der Wirtschaftsgeschichte ist.

Durch freien Handel und Kapitalverkehr sind die west-
lichen Länder mehr und mehr zu einem großen Markt
zusammengewachsen. Die zunehmende internationale
Arbeitsteilung war und ist die Quelle des Fortschritts
und des Wohlstands.

Die Volkswirtschaften sind dadurch andererseits im-
mer stärker voneinander abhängig geworden.

Hatte diese nie zuvor erreichte enge Verflechtung in
einer expandierenden Weltwirtschaft die Wachstums-
impulse verstärkt, führte sie jetzt zu einer Verstärkung
von Inflation und Rezession.

Die Auswirkungen der Weltrezession wirkten darüber
hinaus auf einzelne Länder um so stärker, je unflexibler
die Strukturen ihrer Volkswirtschaft oder je weniger
reaktionsfähig das politische Management ist.

Die Krise vertiefte die Unterschiede zwischen den
westlichen Ländern. Sie verschärfte die Divergenz
in den Inflationsraten und sie erzeugte sich verschär-
fende Zahlungsbilanzungleichgewichte.

Die Rezession ist eine ernsthafte Bedrohung unseres
Weltwirtschaftssystems geworden, weil die Neigung,
die Lösung der Probleme im nationalen Alleingang
durch protektionistische Maßnahmen zu suchen, grö-
ßer geworden ist und täglich größer wird.

Diese Bedrohung müssen wir mit vereinten Kräften
abwehren.

Die weltwirtschaftliche Interdependenz hat zu einer
Synchronisierung der Konjunkturschwankungen zwi-
schen den Ländern der Welt geführt.

Wo der Ausfuhranteil in wichtigen Industriezweigen
die Hälfte und mehr der Erzeugung erreicht, wie dies
in westeuropäischen Ländern der Fall ist, kann sich
ein einzelnes Land nicht aus eigener Kraft dem Re-
zessionszog der Weltwirtschaft entziehen.

Die Nationen haben ihre konjunkturpolitische Autono-
mie faktisch eingebüßt. Der Versuch, Spielraum für

nationales Handeln zurückzugewinnen, wäre verhäng-
nisvoll. Der Ausweg kann nur in einer engeren wirt-
schaftspolitischen Zusammenarbeit liegen.

Die westlichen Demokratien sind dabei, diesen Weg
zu gehen. Wir haben seit Beginn der Rezession die
konjunkturpolitische Koordinierung mit Erfolg inten-
siviert. Wir haben uns geeinigt, Wachstum und Voll-
beschäftigung anzustreben, ohne die alten inflatio-
nären Fehler zu wiederholen.

Dabei möchte ich klarstellen: Es gibt keine wirt-
schaftspolitischen Patentrezepte, die den Regierungen
quasi durch Mehrheitsbeschluß anempfohlen oder vor-
geschrieben werden können.

Jede Regierung muß in Abstimmung mit ihren Part-
nern die Maßnahmen treffen, die auf die spezielle
Situation ihres Landes Rücksicht nehmen.

Ein wesentliches Element unserer gemeinsamen
Anstrengungen sollte die Wiederherstellung des
außenwirtschaftlichen Gleichgewichts sein.

Die heutigen Zahlungsbilanzungleichgewichte haben
ihren Ursprung nur zu einem Teil in der Ölpreisexplo-
sion. Dies wird deutlich aus der Tatsache, daß in den
drei Jahren 1974–1976 dem akkumulierten OPEC-
Überschuß von 145 Mrd. US-Dollar eine passive Lei-
stungsbilanz der Defizitländer von 210 Mrd. US-Dollar
gegenüberstand. Damit wird deutlich, daß die Ölpreis-
explosion die Verschlechterung der globalen Zah-
lungsbilanzsituation nur teilweise erklärt.

Die Leistungsbilanzdefizite der ölverbrauchenden
Industrie- und Entwicklungsländer gegenüber der
OPEC sind nicht durch die traditionellen Anpassungs-
maßnahmen korrigierbar. Gegen sie kann vor allem
eines helfen: Öl sparen. Dazu kommt die Entwicklung
alternativer Energiequellen und die Steigerung der
Exporte in die Ölländer in dem Maße wie sich diese
entwickeln und ihre Absorptionsfähigkeit für die Güter
der ölverbrauchenden Industrieländer steigt.

In der Zwischenzeit müssen wir ausreichende Finan-
zierungsmöglichkeiten für die Defizite bereitstellen,
und zwar so, daß der Abbau der nicht ölbedingten
Defizite nicht verzögert wird. Die Schaffung der Witte-
veen-Fazilität ist hierzu ein wichtiger Schritt.

In der gegenwärtigen Situation trifft der von der fort-
schreitenden internationalen Arbeitsteilung ausgelöste
Strukturwandel auf einen aus anderen Ursachen stam-
menden Strukturwandel, z. B. durch Nachfrageverän-
derung oder technische Veränderung auf der Ange-
botsseite. Dies hat zweifellos zur Verschärfung der
Beschäftigungssituation geführt und zu einer Verstär-
kung der protektionistischen Kräfte.

Gerade in dieser Lage müssen wir uns jedoch klar-
machen: Handelspolitik darf nicht als nationales Mittel
zur Arbeitsbeschaffung eingesetzt werden. Sie könnte
dabei auch nur kurzfristig Erfolg haben – so lange
nämlich, bis die Handelspartner Gegenmaßnahmen
ergreifen. Diese Überlegungen gelten besonders für
Europa. Gerade die Europäische Gemeinschaft ist als
größter Exporteur und Importeur der Welt auf offene



Märkte angewiesen. Protektionistischen Versuchungen nachzugeben widersteht. **DIALOG, IMPULSE, HALTUNG.**

Das Offenhalten der Märkte ist auch für Industriegüter-Exporte der Dritten Welt gelten.

WEITERGABE AN DRITTE IST UNTERSAGT
Die westlichen Länder brauchen die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Dritten Welt und sie haben allergrößtes eigenes Interesse daran, die Entwicklungsländer voll in den Welthandel zu integrieren.

Zudem: Angesichts mancher Sättigungserscheinungen auf unseren eigenen Märkten könnten die Märkte der Entwicklungsländer mit ihrer nahezu unbegrenzten potentiellen Nachfrage zu einer wichtigen Stütze unseres künftigen Wachstums werden.

Wer exportieren will, muß auch importieren. Wir müssen die Entwicklungsländer deshalb durch mehr Importe und durch höheren Kapitaltransfer instand setzen, mehr bei uns zu kaufen.

Die OECD-Länder haben bisher der Versuchung des Protektionismus im ganzen widerstanden und die Märkte offengehalten. Ein wie entscheidender Erfolg dies ist, zeigt ein Vergleich mit den 30er Jahren, als sich die westlichen Länder durch die Zerstörung des freien Welthandels gegenseitig in eine Dauerdepression und Dauerarbeitslosigkeit hineintrieben.

Mein Land ist entschlossen, die Märkte weiter offenzuhalten. Am 1. Juli 1977 wurde die westeuropäische Freihandelszone Wirklichkeit. Es entstand das größte Freihandelsgebiet der Welt für Industrieprodukte.

Von der Sicherung des offenen Welthandelssystems nun zur zweiten großen Aufgabe: der Sicherstellung unserer Rohstoff- und Energieversorgung.

Halten wir uns vor Augen: Während die östlichen Industrieländer als Gruppe zumindest in ihrer Rohstoff- und Energieversorgung auf absehbare Zeit autark sind, verbraucht der Westen – von Nahrungsmitteln abgesehen – mehr Rohstoffe und Öl als er erzeugt. Er ist abhängig von massiven Einfuhren aus der Dritten Welt.

Daraus ergeben sich für unsere Rohstoffversorgung zwei Gefahrenquellen. Rohstofflieferungen können zum einen gefährdet werden, weil es in Regionen der Dritten Welt zum Krieg oder Bürgerkrieg kommt und zum anderen, weil auf Grund ungenügender Investitionen in der Dritten Welt nicht genug produziert wird.

Die erste Gefahrenquelle ist uns allen seit dem Nahostkrieg 1973 und seit der Ölkrise bewußt. Eine weitere für unsere Rohstoffsicherheit vitale Region, die zu einem Krisenherd der Weltpolitik geworden ist, ist das südliche Afrika.

Konflikte in der Dritten Welt bieten für die Sowjetunion Möglichkeiten zur Ausdehnung ihres Einflusses. Man braucht sich nur auszumalen, was etwa ein Chromopol der UdSSR und eines mit ihr verbündeten Südafrika/Rhodesien für die wirtschaftliche Sicherheit des Westens bedeutete. Die Abwehr der aus der Instabilität der Dritten Welt kommenden Gefahren erfordert vom Westen eine Politik, die auch dort auf friedliche Lösung der Konflikte und auf friedlichen Ausgleich gerichtet ist.

Der Nahost-Konflikt und der Konflikt im südlichen Afrika sind längst ins Blickfeld der westlichen Außenpolitik gerückt. Mit größter Energie versuchen die Vereinigten Staaten, im israelisch/arabischen Konflikt zu vermitteln. Europa unterstützt das durch eigene Anstrengung und durch die Bereitschaft, am wirtschaftlichen Aufbau der Region nach einem Friedensschluß mitzuarbeiten. In Rhodesien sind vor allem London und Washington bemüht, einen friedlichen Übergang der Herrschaft an die schwarze Mehrheit herbeizuführen. In Namibia versuchen die fünf westlichen Sicherheitsratsmitglieder eine Lösung herbeizuführen.

Die Bundesrepublik Deutschland spielt hier eine aktive Rolle. Die westlichen Mächte sind bemüht, Südafrika von der Notwendigkeit grundlegender schneller Reformen zu überzeugen.

Einführen kann man nur, was vorher produziert wurde. Und hier liegt die zweite Gefahrenquelle, was unsere Rohstoffversorgung angeht.

Rohstoffinvestitionen in den Entwicklungsländern werden nicht mehr in der Weise finanziert und vorgenommen, wie in der Vergangenheit. Vor allem im Bergbaubereich sind Exploration und Neuerschließung in der Dritten Welt weithin zum Stillstand gekommen. Die längerfristigen Folgen können nicht zweifelhaft sein. Henry Kissinger warnte schon auf der UNCTAD IV, die Rohstoffkosten – sprich: -preise – würden explodieren, wenn die derzeitigen Investitionstrends anhielten.

Die Vorlaufzeiten für größere Bergbauprojekte betragen 6 bis 8 Jahre, teilweise mehr. Mit anderen Worten: Die hier geschilderte Gefahr für unsere Rohstoffversorgung trifft uns heute nicht – aber wir müssen heute handeln.

Die unentbehrliche Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern in der Erschließung der Rohstoffressourcen muß wiederhergestellt und intensiviert werden. Dies setzt eine Steigerung der privaten Direktinvestitionen der Industrieländer voraus. Damit die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern stabil und eng sein kann, halte ich die Garantierung dieser Privatinvestitionen durch die Empfängerländer für notwendig und gerechtfertigt. Sie sollte zur Regel werden; im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs könnte sie als notwendige Gegenleistung bezeichnet werden.

Einige Worte nun zur Sicherung unserer Versorgung mit Energie.

Ich glaube, meine Damen und Herren, wir sind uns alle bewußt: Wenn es für die wirtschaftliche Sicherheit des Westens eine zentrale Frage gibt, dann ist es die Energiefrage.

Über die Hälfte des Energiebedarfs der westlichen Welt wird gegenwärtig durch Erdöl gedeckt. Wir stehen jedoch einer Tatsache gegenüber, die keine Politik ändern kann: Die sich abzeichnende Erschöpfung der Ölreserven der Welt. Jüngste Untersuchungen der OECD, des MIT und der EXXON deuten übereinstimmend darauf hin, daß das Ölangebot den Bedarf bereits in den 80er Jahren nicht mehr decken könnte.



Und ich fürchte, daß sich an dieser Grundtatsache auch der **DIALOG. IMPULSE. HALTUNG.** Ölfeld in der Nordsee nicht viel ändern wird.

ARBEITSKOPIE

Hieraus ergibt sich für uns vor allem die Konsequenz: Der verschwenderische Umgang mit Energie, den wir uns angewöhnt haben, muß aufhören.

Wir müssen deshalb rasch entscheidende Fortschritte bei der Energieeinsparung erreichen und neue Energiearten erschließen.

Die Industriestaaten können es sich in dieser Situation auf keinen Fall leisten, auf eine energiepolitische Option zu verzichten. Das gilt insbesondere für die Kernenergie.

Aber ich füge hinzu: Eine Schlüsselrolle kommt den Vereinigten Staaten zu, die in der westlichen Welt die Hälfte der Energie verbrauchen.

Es ist deshalb in unserem Interesse, daß Präsident Carter mit seinem Energiesparprogramm Erfolg hat.

Die dritte große Aufgabe westlicher Sicherheitspolitik unter ökonomischem Aspekt sind ausgewogene und stabile Wirtschaftsbeziehungen mit den planwirtschaftlichen Ländern des Ostens.

Seit 1970 hat sich der Ost-West-Handel fast vervierfacht. Die Bundesrepublik Deutschland ist für jedes der kommunistischen Länder im Osten der wichtigste westliche Handelspartner.

Die starke Intensivierung der Handels- und Kooperationsbeziehungen ist das Ergebnis der politischen Entspannung, aber auch der wirtschaftlichen Interessen beider Seiten.

Die Volkswirtschaften des kommunistischen Ostens haben ein Entwicklungsstadium erreicht, in dem auch bei ihnen die Wachstumsmöglichkeit mehr und mehr von Produktivitätssteigerungen abhängen. Daher hat der Osten ein starkes und dauerhaftes Interesse am Import westlicher Technologie.

Der Osten bietet durch sein großes Potential an Rohstoffen und Energierohstoffen dem Westen die Möglichkeit, seine Rohstoffversorgung in einem gewissen Ausmaß zu diversifizieren. Der Osten bietet zugleich Absatzmärkte, die für den Westen gerade deshalb besonders attraktiv sind, weil sie in die Synchronisation der westlichen Konjunkturen zumindest nicht voll einbezogen sind. 1975 fielen infolge der Weltrezession z. B. die deutschen Ausfuhren um nominal fast 4 Prozent, die Ausfuhren in die Sowjetunion jedoch stiegen um 46 Prozent und leisteten damit einen wertvollen Beitrag zur besseren Kapazitätsnutzung, d. h. zur Verbesserung der Beschäftigungslage in meinem Land.

Wer hat den größeren Nutzen vom Ost-West-Handel?

Kritiker bei uns führen an, der Westen erleichtere durch den Technologie-Export indirekt die sowjetische Rüstung. Kritiker im Osten werden wahrscheinlich einwenden, man stütze das kapitalistische System, indem man dem Westen helfe, Arbeitsplätze zu erhalten. Ich glaube, schon dieses Gegeneinander der

Argumente deutet darauf hin, daß der Ost-West-Handel beiden Seiten nützt. Und so soll und muß es ja auch sein.

Vor einigen Jahrzehnten schrieb der Amerikaner Ambrose Bierce, es gebe zwei Arten von Unglück: eigenes Pech und fremdes Glück. Für die moderne wirtschaftliche Verzahnung scheint mir dieses Wort nicht zu gelten. Ich meine aber, wirtschaftliches Mißgeschick anderer wird sich als Unglück für uns selbst erweisen. Und Glück anderer wird auch uns Glück bringen.

Wenn die westlichen Länder gemeinsam vorgehen, dann kann – so bin ich überzeugt – der Ausbau der Handelsbeziehungen der industriellen Kooperation mit dem Osten wesentlich sein sowohl für unsere wirtschaftliche Sicherheit als auch zur Sicherung des Friedens.

Eine dringliche Aufgabe ist auch, wie ich schon häufig betont habe, den Osten für eine konstruktive Rolle in der Nord-Süd-Frage zu gewinnen.

Bisher unterstützten die Sowjetunion und ihre Verbündeten die Forderungen der Entwicklungsländer zwar verbal, finanziell versuchten sie jedoch ausschließlich den Westen in die Verantwortung zu bringen. Die Entwicklungshilfeleistungen des Ostens sind im Vergleich zu seinem wirtschaftlichen Potential minimal, erst recht im Vergleich zu den westlichen Leistungen. So war z. B. 1975 die öffentliche Entwicklungshilfe allein der Bundesrepublik Deutschland 2 1/2 mal so hoch, wie die Gesamtleistung der Sowjetunion und aller Ostblockländer zusammen. Oder ein anderes Beispiel: die öffentliche Entwicklungshilfe aller OECD-Länder betrug 1976 das Siebenundzwanzigfache aller Comecon-Länder, Sowjetunion eingeschlossen.

Die Staaten des Ostens sind heute bereits so weit in die Weltwirtschaft integriert, daß sie die Auswirkungen von Inflation und Rezession in den westlichen Industrieländern unmittelbar zu spüren bekommen. Sie sollten deshalb erkennen, daß sie ein eigenes vitales Interesse an einer Stabilisierung der Weltwirtschaft haben müssen. Diese Stabilität aber und letztlich auch die Stabilität des Weltfriedens lassen sich nicht mehr sichern, ohne daß wir Hunger und Not in der Dritten Welt überwinden. Dazu bedarf es der gemeinsamen Anstrengung aller Industrieländer. Aber auch die Ostblockländer dürfen sich in Zukunft nicht mehr auf die Rolle des unbeteiligten Zuschauers beim Nord-Süd-Dialog zurückziehen und bloß Waffen liefern.

V. Terrorismus

In den vergangenen vier Wochen haben uns die Gewalttaten der Terroristen tief aufgewühlt. Brennpunkt der Ereignisse als solcher war mein Land, aber den Menschen in allen Teilen der Welt ist Tag für Tag immer deutlicher zum Bewußtsein gekommen, daß der Terrorismus nicht allein die Deutschen angeht, sondern ein Problem weltweiten Ausmaßes ist. Wir haben in meinem Lande erfahren dürfen, was es be-



Nr. 112/S. 1020

Bundeskanzler Helmut Schmidt Stiftung

Bulletin 8. November 1977

deutet, wenn in einer solchen Lage andere Länder mit Rat und tatkräftiger Hilfe beistehen. Es war dies eine Übung in praktischer Solidarität, die wir dankbar erfahren haben.

IALOG. IMPULSE. HALTUNG.

ARBEITSKOPIE

WEITERGABE AN DRITTE IST UNTERSAGT.

In diesen Tagen – denke ich – wurden Zeichen gesetzt für die Zusammenarbeit unter den Völkern und Staaten der Welt und für eine gemeinsame Haltung, für die gemeinsame Überwindung der Geißel des internationalen, lebensverachtenden, gemeinschaftszerstörenden Terrorismus.

Hoffentlich heißen diese schlimmen Erfahrungen, daß die Vereinten Nationen das von uns eingebrachte Übereinkommen gegen Geiselnahme beschleunigt verabschieden. Niemand in der Welt darf terroristische Gewalttaten länger als bloße Abirrung angeblich politisch motivierter Täter verharmlosen und jenen auch noch Unterschlupf gewähren.

Kürzlich schrieb Jonathan Carr in der „Financial Times“: „Die deutschen Terroristen lassen sich eigentlich keiner politischen Richtung zuordnen. Wenn man sie überhaupt mit etwas vergleichen kann, so sind es die Dostojewskischen Teufel, Menschen, die nach eigenem Eingeständnis sogar bereit sind, Kindern Säure ins Gesicht zu schleudern, wenn dies nur ihrer Sache hilft. Was aber ist diese Sache? Die Gesellschaft zerstören – aber was darüber hinausgeht, weiß kein Mensch zu sagen.“ Ich glaube, Jonathan Carr hat recht. Und unter extremen Bedingungen wären die Terroristen sogar imstande, einen internationalen Konflikt auszulösen.

Wir sollten uns deshalb gemeinsam vornehmen, gegen die Verblendung terroristischer Gewalttäter die Unerschütterlichkeit unserer demokratischen Überzeugungen zu setzen. Lassen Sie uns gemeinsam weiter einstehen für die Erhaltung der Würde des Menschen, für die Erhaltung der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte, für das Recht auf Leben und für die Freiheit der Person, zu denen wir uns gemeinsam als unveräußerliche Prinzipien bekennen.

VI. Zusammenfassung

Meine Damen und Herren, ich versuchte, die Dimensionen einer Politik zu umreißen, die darauf gerichtet ist, einen Zustand zu schaffen und zu erhalten, in dem unsere freiheitlich-demokratischen Institutionen überleben und gedeihen können.

Die industriellen Demokratien des Westens erzeugen 65 Prozent der Weltproduktion und haben am Weltmarkt einen Anteil von 70 Prozent. Sie sind der Motor des weltwirtschaftlichen Wachstums und des technologischen Fortschritts. Die Ausstrahlungskraft und die moralische Überlegenheit unseres Glaubens an die Freiheit und an die Würde des Menschen sind deutlich.

Deshalb bleiben wir alle bemüht, Demokratie ständig zu erneuern, von einem konstruktiven Reformwillen beseelt. Nur so lassen sich Schwächen, überholte Zustände und auch Ungerechtigkeiten aufheben, die

sich in dem einen oder anderen Land einschleichen können.

Die industriellen Demokratien der Welt müssen ihre Zusammenarbeit weiter intensivieren: in der Europäischen Gemeinschaft, in der Atlantischen Gemeinschaft und in der trilateralen Gemeinschaft zwischen Europa, Nordamerika und der pazifischen Region Japan/Australien/Neuseeland.

Dieser Zusammenhalt ist von entscheidender Bedeutung für den Frieden, für das wirtschaftliche Wachstum und für die Sache der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Menschenwürde.

Ein zweiter entscheidender Faktor ist das Verhältnis zwischen den beiden Großmächten, von denen es abhängt, welchen räumlichen Bereich die Entspannungspolitik abdeckt und wie weitgehend ihre Substanz durch eine an der Erhaltung des Friedens ausgerichtete Politik gekräftigt wird.

Wir fühlen uns durch die Erklärungen der beiden führenden Persönlichkeiten beider Seiten ermutigt.

Jimmy Carter hat versichert, daß die Vereinigten Staaten bei dem Bestreben nach Weltfrieden an vorderster Front stehen und in ihrer Verpflichtung für die Freiheit der Menschen standhaft bleiben werden. In Ergänzung dieser Erklärung erscheint mir folgender Passus aus seiner Rede vor den Vereinten Nationen am 4. Oktober 1977 besonders wichtig:

„Wir müssen den Blick über das Heute hinaus erheben und alles daran setzen, um die kritischen Bedrohungen und Unsicherheiten der Zukunft zu beseitigen. Hält man sich an die Prinzipien der Selbstbeschränkung, der Gegenseitigkeit und des Interessenausgleichs, dann wird es den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion nicht nur gelingen, die Waffen zu begrenzen, sondern sie werden auch eine Basis für bessere Beziehungen in anderen Interessensphären schaffen können.“

Leonid Breschnew sagte Anfang des Jahres:

„Die Behauptungen, die Sowjetunion gehe über das hinaus, was für die Verteidigung ausreicht und trachte nach einer Überlegenheit in der Rüstung, um den ‚ersten Schlag‘ zu führen, sind böswillig unbegründet.“

Und Breschnew hat in der gleichen Rede mit Recht festgestellt:

„Es gibt keine brennendere und lebenswichtigere Aufgabe, als die, den Frieden dauerhaft und unzerstörbar zu machen.“

Hinzugefügt hat er:

„Was die Sowjetunion betrifft, so soll es an uns nicht liegen.“

Wir werden in unserem Streben nach Sicherheit und Frieden in Europa und weltweit beide Staatsmänner bei ihrem Wort nehmen. Denn letzten Endes kann die Menschheit nur überleben, wenn der Weltfriede gestärkt wird.